

Auftaktveranstaltung zum Pilotprojekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“

Vorstellung des Pilotprojekts des Ministeriums für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft in Kooperation mit dem Landkreistag,
Städte- und Gemeindetag, ihren Netzwerken für Bürgerschaftliches
Engagement, dem Energetikom und dem Zukunftsbüro
Ludwigsburg

Ludwigsburg, Forum, 22. Januar 2013



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



LUDWIGSBURG



ZUKUNFTSBÜRO



Gemeindetag
Baden-Württemberg



Gemeindenetzwerk
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement



Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausgangspunkt und Ziele der Veranstaltung

Die Veranstaltung diente als Auftaktveranstaltung und zur ersten öffentlichen Vorstellung des Pilotprojekts „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“ des Pilotprojekts des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Kooperation mit dem Landkreistag, Städte- und Gemeindetag, ihren Netzwerken für Bürgerschaftliches Engagement, dem Energetikom und dem Zukunftsbüro Ludwigsburg.

Wie machen wir uns auf den Weg zu einer nachhaltigen Kommunalentwicklung? Wer leistet Unterstützung, um die verschiedenen Akteure in der Kommune erfolgreich einzubinden? Wie kann eine Unterstützung aussehen, damit der eingeschlagene Weg zum Ziel führt? Diese und weitere Fragen sollen im Rahmen des dreijährigen Pilotprojekts „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“ geklärt werden. Mit der Veranstaltung wird eine erste Annäherung an diese grundlegenden Fragen unternommen.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg hat gemeinsam mit den Netzwerken für Bürgerschaftliches Engagement des Gemeinde-, Städte- und Landkreistags sowie dem Zukunftsbüro Ludwigsburg dieses Pilotprojekt gestartet. Einleitend wurde der Gesamtzusammenhang erläutert und das Projekt im Rahmen eines Podiumsgesprächs von den Projektbeteiligten vorgestellt. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen gezielt am Bedarf der Kommunen ausgerichtet und erprobt werden. Deswegen wurde im Rahmen eines Workshops am Vormittag über den Bedarf der Kommunen in dieser Hinsicht diskutiert.

Die nachhaltige Kommunalentwicklung umfasst alle Themen der Stadtgesellschaft. Im zweiten Teil der Auftaktveranstaltung wurden die Themen Energie, Wirtschaft und Mobilität anhand von gelungenen Beispielen aus verschiedenen Kommunen vertieft. Diese Zukunftsthemen bringen Herausforderungen, die alle Kommunen ganz entscheidend prägen werden. Dabei sind Bürgerinnen und Bürger ebenso unentbehrliche Partner wie die Kommunalpolitik und die lokale Wirtschaft.

Grußwort und Auftakt, *Helmfried Meinel, Ministerialdirektor, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*

In seinem Grußwort stellte Herr Meinel die hohe Bedeutung des Themas Nachhaltige Kommunalentwicklung für das Ministerium heraus, das bereits von 2007-2011 das vorangegangene Modellprojekt „Kommunen auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen nachhaltigen Entwicklung“ gefördert hat. Es galt herauszufinden, was erforderlich ist, um Prozesse nachhaltiger Kommunalentwicklung dauerhaft in der Kommune zu verankern. Eines der Ergebnisse aus diesem Projekt soll nun in dem neuen Pilotprojekt umgesetzt und erprobt werden.

Auf unsere Kommunen kommen in Zukunft immer mehr und komplexere Aufgaben zu: die Bewältigung des demografischen Wandels, die Daseinsvorsorge unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, das Aufrechterhalten und Pflegen der Infrastruktur, die schulischen, kulturellen und sozialen Aufgaben, nicht zuletzt die Energiewende, um nur einige zu nennen.

Der Mangel an Personal und finanziellen Mitteln einerseits, die Erwartung der Bürgerschaft, in Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, andererseits erfordern neue Wege in der Kommunalpolitik. So ist es wichtig, von den Bürgern zu erfahren, wohin die Reise der Kommune in der Zukunft gehen soll.

Ebenso besteht ein umfangreiches Wissen in der Bürgerschaft, das es zu nutzen gilt. Die Zufriedenheit der Bürger hängt auch davon ab, dass Entscheidungen der Kommunalverwaltung nicht hinter verschlossenen Türen über die Köpfe aller hinweg getroffen werden, sondern die Bürger beteiligt und mitgenommen werden.

Ich halte es für wichtig, dass Kommunalverwaltungen verstärkt auf die Mitwirkung der Bürgerschaft setzen. Bürger, die vorher angehört und ernst genommen wurden, sind eher bereit, sich engagiert einzubringen. Denn sie sind dann nicht mehr Objekt der kommunalen Politik, sondern ihr Subjekt.

Wir wollen auch damit das Versprechen einlösen „eine Politik des Gehörtwerdens zu ermöglichen“.

Um Kommunen auf diesem Weg zu unterstützen, bietet das Pilotprojekt ein qualitativ hochwertiges und in Baden-Württemberg gut vernetztes Begleitungs- und Beratungsangebot an. Ihre Fragen zur weiteren Entwicklung in Ihrer Kommune und wie dabei die Bürgerschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung eingebunden werden können, sollen beantwortet werden.

Zu diesem Zweck wurde das Zukunftsbüro in Ludwigsburg beim Energetikom eingerichtet. Zugleich wurden die Fachberatinnen und Fachberater des Gemeinde-, Städte- und Landkreisnetzwerkes mit ihren Anlaufstellen in den Kommunen eingebunden. Durch eine aktive Beteiligung der kommunalen Netzwerke werden bereits vorhandene Strukturen genutzt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Netzwerke und die des Zukunftsbüros Ludwigsburg wurden und werden in Prozessdesign und Methodenkompetenz für

Partizipationsverfahren geschult. Mit Hilfe dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir im Projekt interessierten Kommunen Unterstützung anbieten, die auf ihren Bedarf abgestimmt ist.

Die Angebote sollen dabei die Kommunen unterstützen, Prozesse im „Trialog“ von Verwaltung, Kommunalpolitik und Akteuren bzw. Bürgerschaft gemeinsam vorzubereiten, zu gestalten und umzusetzen.

Wir haben Sie zu dieser Auftaktveranstaltung eingeladen, um Ihnen das Pilotprojekt zu präsentieren. Im Workshop heute Morgen und in den Foren heute Nachmittag haben Sie die Möglichkeit, Ihre Fragen und Ihre Vorstellungen einzubringen.

Wir wollen Ihnen jedoch auch Ideen mit auf den Weg geben. Ich freue mich, dass es gelungen ist, Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter zu gewinnen, die ihre Erfahrungen in diesem Bereich zur Verfügung stellen.

Wir stellen Ihnen die Ansprechpartner vor, mit deren Hilfe Sie zukünftig Ihre Schritte nachhaltiger Kommunalentwicklung mit Bürgerbeteiligung stärken und weiter voranbringen können.

Wir wollen zuhören, wir wollen von Ihnen wissen, was Sie an Unterstützung brauchen, was Ihnen nützt. Uns liegt auch daran, dass Sie möglichst viel an Information mit nach Hause nehmen: Informationen, Anregungen und Impulse, wie Sie die Entwicklung Ihrer Kommune, weiter zukunftsfähig gestalten können.

Vorstellung Büro für Zukunftsfragen Vorarlberg, *Bertram Meusbürger*

Das Büro für Zukunftsfragen versteht sich als Impulsgeber und Schnittstelle für zukunftsfähige Entwicklungsprozesse: Sie fördern innovative Ansätze für eine Nachhaltige Entwicklung. Zu diesem Zweck unterstützen sie engagierte Menschen dabei, innovative Lösungen für aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen zu finden und erfolgreich umzusetzen.

"Zukunftsweisende Entwicklungsmöglichkeiten aufzuspüren, gute Ideen und Konzepte anzukurbeln und zu vernetzen sowie freiwilliges Engagement zu unterstützen sind die wichtigsten Aufgaben, denen sich das Büro für Zukunftsfragen mit großem Einsatz verschrieben hat. Im Vordergrund stehen alle Bereiche unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Das Ziel lautet, nachhaltige Wege in die Zukunft zu erschließen, um den erreichten Wohlstand und die gute Lebensqualität in Vorarlberg nicht nur zu erhalten sondern noch weiter auszubauen. Das gelingt über ein gutes Miteinander in einer aktiven und engagierten Gesellschaft.“ (vgl. Präsentation)

Vorstellung Stadtentwicklungskonzept Stadt Ludwigsburg, *Albert Geiger*

Leitziele – Integriertes Stadtentwicklungskonzept als übergeordnete Strategie

Ludwigsburg hat auf der Grundlage eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) unter anderem ein kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept (Gesamtenergiekonzept/GEK) entwickelt, dessen Umsetzung in Form zahlreicher Einzelprojekte derzeit beginnt. Für die Umsetzung des SEK wurde die gesamte Stadtverwaltung neu organisiert, insbesondere wurde ein Querschnittsreferat »Nachhaltige Stadtentwicklung« beim Oberbürgermeister neu gegründet. Außerdem wurde mit dem Energetikom ein »Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign« geschaffen. Darüber hinaus werden einige Forschungsprojekte über Energie- und Klimaschutz auf europäischer und nationaler Ebene bearbeitet. Die zahlreichen Aktivitäten im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts werden im Folgenden in einem Kurzüberblick dargestellt.

Der Start des intensiven Stadtentwicklungsprozesses erfolgte im Jahr 2004 auf Initiative des Oberbürgermeisters abgesichert durch einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderats. Schon zu Beginn stand fest, dass die wichtigen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und räumlichen Entwicklungsprozesse ressortübergreifend koordiniert werden müssen. Dafür wurde die »Geschäftsstelle Stadtentwicklungskonzept« mit zwei Mitarbeitern der Verwaltung als Stabsstelle beim Oberbürgermeister gegründet.

Gemeinsam mit der Verwaltung, dem Gemeinderat, Fachleuten und der Bürgerschaft sollte ein Bild der Zukunft entwickelt werden. Dabei sollte jedoch keine Wunschliste entstehen. Vielmehr geht es der Stadt Ludwigsburg darum, im Sinne der Generationengerechtigkeit Prioritäten zu setzen und durch Eigeninitiative eine – zumindest teilweise – Entlastung des städtischen Haushalts zu erreichen.

Die Beteiligungsphase begann 2005 mit einem Meinungsbild aus der Bürgerschaft, indem durch Mitarbeiter der Stabsstelle rund 80 leitfadengestützte Interviews mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Bereichen geführt wurden. Dadurch konnte zum einen ein Stimmungsbild über das Stadtgeschehen gezeichnet und gleichzeitig die Schlüsselpersonen auf den Prozess vorbereitet und zur Mitarbeit motiviert werden.

Von besonderer Bedeutung im gesamten Beteiligungsprozess war die frühzeitige Einbindung des Gemeinderats. Die Bürgerinnen und Bürger wurden in allen Phasen darüber in Kenntnis gesetzt, dass die erarbeiteten Ergebnisse dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden, die Entscheidungskompetenz aber weiterhin bei ihm liegt.

Bei der Auftaktveranstaltung im Mai 2005 diskutierten mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger zu den Themen »Wirtschaft, Kultur und wohnen«. Dabei war es wichtig, über Ziele, Akteure und Ablauf des Stadtentwicklungskonzepts (SEK) zu informieren und für eine aktive Teilnahme zu werben. Die Auftaktveranstaltung läutete eine neue Phase der Bürgerbeteiligung im Stadtentwicklungskonzept ein, den »Dialogsommer 2005«.

Bei zahlreichen Veranstaltungen zu Kultur, Mobilität und Bildung oder Stadtteilspaziergängen sowie einer Kinder- und Jugendkonferenz konnte sich die Bürgerschaft zu einzelnen Themen direkt informieren und einbringen. Dadurch erhielt die Stadtverwaltung wertvolle Anregungen, die in das Stadtentwicklungskonzept einfließen.

Der zentrale Baustein der öffentlichen Beteiligung war die erste Zukunftskonferenz 2005. Bei dieser entwickelten 128 Personen aus allen Bereichen des Stadtlebens Visionen, Ziele und Ideen zu elf Themenfeldern (vgl. Abb. 28). Die Bürgerschaft stellte, neben Gemeinderat und Stadtverwaltung, mit 96 Personen den höchsten Anteil. Mehr als zwei Tage arbeiteten die repräsentativ zusammen gesetzten Teilnehmer in wechselnden Gesprächskreisen und diskutierten konstruktiv, offen und zuweilen auch kontrovers.

Im Frühjahr 2006 führte der zweite Teil der Zukunftskonferenz die bisherigen Beiträge zu Leitprojekten und Maßnahmen zusammen und es wurden Netzwerke für die Umsetzung gebildet. Die gesellschaftliche Basis des Stadtentwicklungskonzepts soll sicherstellen, dass es zu ausgewogenen Ergebnissen kommt, die von der Bürgerschaft getragen werden. Im Juni 2006 hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit die Leitsätze und strategischen Ziele in elf Themenfeldern beschlossen. Dabei stehen die einzelnen Themenfelder nicht nebeneinander, sondern werden integriert betrachtet und untereinander vernetzt.

Mittlerweile wurde im November 2012 die vierte Zukunftskonferenz mit fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Das Stadtentwicklungskonzept ist die dynamische Grundlage für die langfristige und generationengerechte Entwicklung Ludwigsburgs. Die Leitsätze und Ziele sind der Handlungsrahmen für die nachhaltige Stadtentwicklung. Im Sinne eines Prozesses wird das SEK stetig angepasst, weiterentwickelt und fortgeschrieben.

Die städtische Schnittstelle zu energie- und klimarelevanten Themenstellungen bildet das im Dezember 2008 gegründete Querschnittsreferat »Nachhaltige Stadtentwicklung«. Die gewachsenen Aufgaben der nachhaltigen Stadtentwicklung werden in dem Referat gebündelt, prozessorientiert bearbeitet sowie mit allen Bereichen des Verwaltungshandelns vernetzt. Die direkte Zuordnung des Referats zum Oberbürgermeister zeigt die zentrale Bedeutung der gesamten Nachhaltigkeitsstrategie.

Integriertes Nachhaltigkeitsmanagement – Steuerung der nachhaltigen Stadtentwicklung

Für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Stadtentwicklungsprozesses wurde ein eigenes Managementsystem für die Verwaltung entwickelt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Leitsätze und strategischen Ziele verfolgt und bei Bedarf modifiziert werden können. Das Managementsystem ist ein regelmäßig wiederkehrender Kreislauf, welcher in einem Zeitraum von etwa zwei bis vier Jahren durchlaufen werden sollte.

Der Kreislauf umfasst fünf Schritte:

- 1. Prüfung der örtlichen Situation:** Im Sinne einer Bestandsaufnahme wird durch Stadtteilspaziergänge, Gespräche mit der Bürgerschaft und mit Fachleuten oder thematische Workshops die aktuelle Bedürfnislage in der Stadt ermittelt. Die Verwaltung erhält dadurch wertvolle Anregungen, welche neu in den Prozess eingespeist werden.
- 2. Weiterentwicklung der strategischen Ziele:** Hierbei gilt es, die bestehenden Ziele zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu definieren. Dies erfolgte zuletzt bei der dritten Zukunftskonferenz 2009 mit dem Titel »Bilanz und Weiterarbeit am SEK«. Seit dem Grundsatzbeschluss 2006 waren drei Jahre vergangen und es konnte Bilanz gezogen und zugleich der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Es zeigte sich, dass es Handlungsfelder gibt, die vertieft betrachtet werden müssen, wie beispielsweise die Themen »Älter werden«, »Energie« und »generationengerechter Haushalt«.
- 3. Beschluss der Leitsätze und Ziele in den 11 Themenfeldern:** Die Leitsätze und Ziele werden vom Gemeinderat in einem Beschluss festgehalten. Dadurch erfährt das städtische Handeln auch die wichtige politische Legitimation und Rückendeckung.
- 4. Umsetzung durch SEK-Masterpläne:** Für jedes der elf Themenfelder gibt es einen Masterplan. Hier werden die jeweiligen Leitsätze und strategischen Ziele durch Maßnahmen konkretisiert sowie Zeitziele und Zuständigkeiten zugeordnet. Über die Verbindung zur Haushalts- und Finanzplanung entsteht darüber hinaus ein neuartiges und transparentes Steuerungsinstrument. Damit wird es auch möglich sein, alle Projekte in ihrem Arbeitsstand, ihren finanziellen Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die strategischen Ziele der Stadtentwicklung sowie mögliche Zielkonflikte abzubilden.
- 5. Berichterstattung und Evaluierung (Indikatoren):** Für jedes Themenfeld wurden mehrere Indikatoren definiert und als Set mit insgesamt 66 Indikatoren vom Gemeinderat 2009 beschlossen. Nach der ersten Datenerhebung werden die Ergebnisse dem Gemeinderat vorgelegt und Zielmarken bestimmt. Mit diesen kann die Überprüfung des Prozesses an vorgegebenen Zielen (Evaluierung) erfolgen. Damit ist es möglich, sowohl im Vergleich mit anderen Städten, als auch über Zeitreihen, Entwicklungen in der Stadt rechtzeitig zu erkennen, die Wirksamkeit von getroffenen Maßnahmen zu überprüfen und somit zielorientierter zu steuern. Die Ergebnisse sollen kontinuierlich in einem indikatorengestützten Bericht zum SEK (Nachhaltigkeitsbericht) dokumentiert werden.

Stadtteilentwicklungspläne

Die gesamtstädtischen Ziele werden auf Stadtteilebene durch Stadtteilentwicklungspläne (STEP) konkretisiert, da jeder Stadtteil seine eigenen Potenziale, Bedürfnisse und Schwerpunkte hat. Dabei werden die elf Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts (SEK), unter anderem Energie und Mobilität, für den jeweiligen Stadtteil beleuchtet und ortsbezogene Vorschläge erarbeitet. Ein STEP legt die Grundlagen für die weitere Entwicklung des jeweiligen Stadtteils, schlägt konkrete Maßnahmen vor und sorgt für Transparenz im Dialog mit dem Gemeinderat, mit der Bürgerschaft und innerhalb der Stadtverwaltung.

Die Stadtteilentwicklungspläne gewährleisten die dauerhafte Umsetzung des SEK und seiner Themenfelder vor Ort und sind ein auf Dauer angelegtes Instrument. Stadtteilentwicklungspläne sollen schrittweise für alle elf Ludwigsburger Stadtteile eingeführt werden.

Im Jahr 2007 wurde mit der Aufstellung von vier Stadtteilentwicklungsplänen begonnen. Der erste Stadtteilentwicklungsplan wurde 2009 für den Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg fertig gestellt. Er beinhaltet sowohl eine textliche Erläuterung, als auch eine räumliche Darstellung der Entwicklungsperspektive und der geplanten Maßnahmen. Zuletzt werden die geplanten Maßnahmen mit den Leitsätzen und strategischen Zielen des Stadtentwicklungskonzepts verknüpft.

Zusammenfassung der Workshop-Ergebnisse der Auftaktveranstaltung „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“

Viele der Teilnehmer halten Bürgerbeteiligungsprozesse für ein notwendiges und zentrales Element – „Dreh und Angelpunkt“ – einer nachhaltigen Kommunalentwicklung.

1. Allgemeine Empfehlungen an das Land zum Thema nachhaltige Kommunalentwicklung und Partizipation

Dem Land/UM wird empfohlen

- Nachhaltigkeit zu definieren,
- die laufenden Aktivitäten im Bereich nachhaltige Kommunalentwicklung und Partizipation zu bündeln und zu koordinieren,
- auf die Ausbildung von Bürgermeistern, Verwaltung und Gemeinderäte bzgl. Nachhaltigkeitsentwicklung hinzuwirken (Qualifikation, Zertifikat), um Hemmschwellen abzubauen/Vorbildfunktion zu wecken,
- die Förderung von Anerkennungskultur zu unterstützen,
- Kommunen, Bürgermeister, Verwaltung, Gemeinderäte und Bürger zu motivieren und anzuspornen,
- die Zeitlogik von Förderprogrammen anzupassen, damit mehr Projekte mit langem Atem möglich werden,
- Landkreise für die Förderung der einzelnen Kommunen zu gewinnen,
- den Kommunen/ Kommunalverwaltungen, über das bisher im Projekt vorgesehene hinaus aktive Hilfe personeller wie finanzieller Art (d.h. Förderung) zu bieten,
- einen thematischen Rahmen wie z.B. eea European Energy Award zu schaffen,
- die Unterstützung durch die regionalen Energieagenturen auszubauen und deren Existenz zu sichern, damit diese eine Brücke zwischen Landkreis und Gemeinde bilden und Synergien nutzen können.

2. Empfehlungen an das Land für das Pilotprojekt

- Das Projekt sollte definiert werden; denn die Ziele und das Konzept des Pilotprojekts werden von vielen Teilnehmern noch nicht verstanden. Es gibt Bedenken, dass das Projekt – wie andere auch – eine temporäre Förderung darstellt und keinerlei langfristige Wirkung zeigt: „Große Diskrepanz zwischen schönen Worten, Außendarstellung, Hochglanzprospekten wie der Stadt Stuttgart und mangelhafte Umsetzung der selbst propagierten Konzepte,
- für das Pilotprojekt sollte eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden: „Zukunftsbüro im ganzen Land“,

- beim Ministerium soll es feste Ansprechpartner geben,
- das (im Aufbau befindliche) Netzwerk sollte transparent gestaltet werden, den Zugang für jedermann gewährleisten,
- ein Informationsfundus/ offizieller Informationspool (Motto „Wissen bewahren und teilen“ - Projektwiki) über erfolgreiche Prozesse und Projekte sollte gebildet und dabei auch negative Beispiele aufgezeigt werden – Austausch von Do's und Dont's -, als Plattform im Internet zur Sammlung von Themen und Vernetzung,
- über das Pilotprojekt sollten Nachhaltigkeits-Checks angestrebt werden (Nachhaltigkeitsindikatoren festlegen, Goes/No-Goes),
- sowohl für die Prozessarchitekten als auch für die Prozessbegleiter des Projekts einschließlich der Verwaltungsmitarbeiter sollten regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden,
- die BM sollten auf Sprengelsitzungen/bei Sitzungen des GTs/STs sensibilisiert werden,
- Bildungsformen für verschiedene Schichten, Kinder und Jugendliche sollten eingebunden werden.

3. Beratungs- und Unterstützungsbedarf aus Sicht der Teilnehmer – das Wobei:

Unter der offenen Themenstellung „*Erwartungen, Fragen und Wünsche der Kommunen: Welche Unterstützung soll das Pilotprojekt bringen?*“ ergeben sich aus der Sicht der Teilnehmer folgende (oft als Fragen formulierte) Hauptanliegen, -herausforderungen und damit Bedarfe/ Anforderungen an Beratung und Unterstützung:

- Projekte zielführend und Erfolg versprechend, wirklich greifend zu gestalten/ aufzustellen (zu designen),
- Bürgerbeteiligungsprozesse erfolgreich zu starten (Was tun? Womit und wie beginnen?),
- dafür unterschiedliche Zielgruppen zu gewinnen,
- Bürgerbeteiligungskultur aufzubauen und dann beständig zu etablieren,
- Erwartungen an Bürgerbeteiligungsprozess zu erfüllen und nicht zu enttäuschen,

4. Erwartete Form der Beratung und Unterstützung

Von der Beratung und Unterstützung erwarten die Teilnehmer, dass

- Sie insbesondere auch in Form von Coaching (betreuend, begleitend) erfolgen kann,
- das Angebot klar definiert wird – von Moderation bis Prozessbegleitung,

5. Im Einzelnen genannter Beratungs- und Unterstützungsbedarf:

Beratung und Unterstützung

- „die harte Verwaltungsnuss zu knacken“, d.h. Kommunalverwaltung, Gemeinderäte und Bürger zu gewinnen/ zu überzeugen und anzuspornen,

- Argumente für VerwaltungsmitarbeiterInnen zu liefern, um zu überzeugen,
- Bürgermeister, kommunale Verwaltungsmitarbeiter und Gemeinderäte einschlägig fort- und weiterzubilden,
- Öffentlichkeitsarbeit, Information und weitere Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für BB/BE zu gestalten, wie beispielsweise bei der Einrichtung von kommunalen Internetforen, die die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten als Verbesserung erreicht,
- Impulse aus der Bürgerschaft wahrzunehmen und Verwaltung sowie Gemeinderat dafür zu sensibilisieren,
- beim Umgang mit Erwartungshaltungen von Bürgern, die an gesetzl. Vorgaben scheitern, z.B. Abstände WEA,
- der Bürgerschaft den Willen der Politik/Verwaltung erkennbar zu machen,
- für BM, um Rolle als treibende Kraft/Visionär auszufüllen,
- Verwaltung und Entwicklungs-Akteure zu vernetzen,
- Ängste vor Machtverlust sowohl bei Bürgermeistern als auch Gemeinderäten ernst zu nehmen und ihnen geeignet zu begegnen,
- Organigramme der Gemeinden zu überdenken und neue Strukturen zu schaffen (Querschnittsreferat/Energiemanager/Referat Bürgerschaftliches Engagement),
- interne Verwaltungsstrukturen auszuwerten und mögliche organisatorische Verankerung aufzuzeigen,
- klare Ansprechpartner in der Kommunalverwaltung zu benennen,
- dreidimensionale Vernetzung durch Bürgerberatung zu erreichen, horizontale und vertikale Vernetzung zu optimieren,
- die Rolle von Verwaltung und Gemeinderat zu klären,
- die Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung zu klären und zu schaffen und den Impuls für Bürgerbeteiligung zu setzen, Regelkreis der Bürgerbeteiligung als Controlling aufzubauen,
- das optimale Timing für den Start eines Beteiligungsprozesses zu wählen,
- (Informationen, Anregungen, um) unterschiedliche Zielgruppen (Ehrenamtliche, Randgruppen, Bürger an sich, Wirtschaft) zu erreichen/ zu aktivieren,
- Bedarf an Personalressourcen von Gemeinden zur Begleitung eines Prozesse zu klären,
- Kommunalentwicklungskonzepte zu starten und umzusetzen (Masterplan-Strategie-Maßnahmen), eine Gesamtstrategie zu entwickeln,
- Ziele zu definieren, darauf hinarbeiten, Prozesse zu strukturieren, Prozesse zu überprüfen → Konsequenzen zu ziehen, Transparenz/Öffentlichkeitsarbeit und professionelle Begleitung der Prozesse sicher zu stellen,
- Bürgerbeteiligungskultur aufzubauen und dann beständig zu etablieren, dazu erneute Impulse zum Erhalt von Beteiligungskultur zu setzen,
- Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Finanzierungsfragen für Entwicklungskonzepte und Prozesse zu klären und zu bearbeiten,
- Bürokratische Hemmnisse abzubauen und beim Umgang mit Behörden,
- Anerkennungskultur zu fördern,

- Agendaprozess wiederzubeleben und an ihn anzuknüpfen,
- bisherige Programme/Beteiligungen (z.B. Agenda-Prozess) von neu geplanten Vorhaben zu differenzieren,
- Kontakt & Engagement lokal ansässiger Unternehmen zu fördern und zu nutzen (Kommunikationsplattform),
- Möglichkeiten für mediatorische Begleitung zu schaffen,

Konkret wurden nur wenige mögliche Themen für BB genannt:

- Energiewende auch durch Energieeinsparung, Energieeinsparung durch nachhaltigen Konsum, nachhaltiges Beschaffungswesen,
- regionale Erzeugung,
- Verminderung von Abfällen,
- Fairtrade – Produkte (Fairtrade-Stadt),
- Bürger befragen/Umsetzung von gewünschten Projekten/Ideen

Forum Wirtschaft

Moderation: Jochen Lang, Akademie der Ingenieure / Energetikom

Im Forum Wirtschaft wurden folgende einleitende Vorträge als Input gehalten:

- **Welche Netzwerke bestehen zum gegenseitigen Austausch und zur Beratung? Was bringt uns ein Energieeffizienztisch? Wer organisiert ihn und wie finden wir interessierte Unternehmen?** Daniel Hogenmüller, Stadt Karlsruhe
 - Einbezug der Wirtschaft als wichtiger Handlungsbereich im Klimaschutzkonzept (2009) und in der Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Karlsruhe 2050“ (2011)
 - Karlsruhe: Erstes Netzwerk des bundesweiten 30-Pilot-Netzwerke-Projekts (Fraunhofer-Gesellschaft und Partner)
 - Erstes Netzwerk bundesweit mit kommunalem Träger, das rein auf Stadtebene agiert
 - Start im Mai 2009, Projektende: Juni 2013
 - Weiterführung geplant mit Öffnung für weitere Unternehmen, Stadt weiterhin als Projektpartner (nicht mehr Träger)
 - Ablauf eines Energie-Effizienz-Netzwerks
 - Energieverbrauch und Zielvereinbarung, Monitoring
 - Aufgaben der Stadt: Allgemeine Projektkoordination, Unterstützung bei Unternehmensansprache und –akquise, finanzielle Abwicklung als Projektträger, Teilnahme an Netzwerktreffen, Öffentlichkeitsarbeit
 - Herausforderung: Akquise
 - Erfahrungen/ Fazit: Deutlich mehr Aufwand als geplant; EEN regional einfacher zu etablieren als kommunal; kleinere Projekte mit kürzerer Laufzeit (z.B. ECOfit) eher machbar; Fördermittel als Teilnahmeanreiz vorteilhaft (Problem: KMU-Bindung); Initialberatungen wurden sehr positiv aufgenommen; Energieeffizienz wird immer wichtiger in Unternehmen; Kosteneinsparung/gesetzliche Vorgaben, Klimaschutz weniger; Stellenwert des Energiemanagements durch Teilnahme am Netzwerk vielfach gestiegen; der Informations- und Erfahrungsaustausch funktioniert.

- **Betriebliches Mobilitätsmanagement für Unternehmen und Behörden – ein Schritt in die Zukunft?** Christine Ahbe, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung, Stadt Ludwigsburg
 - Ludwigsburg als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort in der Region Stuttgart
 - Mobilitätsmanagement für Betriebe als Maßnahme im Gesamtenergiekonzept, Luftreinhalteplan und Stadtentwicklungskonzept/ Masterplan Mobilität

- Ziel: Mobilitätsmanagement für Unternehmen will Mobilität ermöglichen und zugleich negative Auswirkungen des Verkehrs minimieren
- Untersuchung Verkehrsmittelnutzung
- Spezifische Maßnahmen für jeden Betrieb
- Stadtverwaltung als Mobilitätsvorbild
- Förderung Radverkehr: Sichere Radabstellanlagen in Eingangsnähe, Duschen, Aktionen, Fahrgemeinschaftsbörse, Gestaltung effizienter Dienstwege, Carsharing für Firmen und Verwaltungen
- Erfolgsfaktoren:
 - o Unterstützung durch Betriebsrat und Geschäftsleitung
 - o Mobilitätsmanager/-team im Unternehmen
 - o Einbindung relevanter Akteure (LVL, VVS, Stadt, ADFC, ...)
 - o professionelle Entwicklung betriebs- und standortbezogener Konzepte, Beratung und Betreuung
 - o Information und Integration der Mitarbeiter.
- **Welche Fördermöglichkeiten im Wirtschaftsbereich gibt es auf Landesebene und anderswo?** Harald Höflich, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
 - Gefördert wird alles was Energie oder CO2 spart! Sich um Förderprogramme zu kümmern, lohnt sich auf jeden Fall!
 - Förderprogramme für Energieeffizienz im Gewerbe Energieeffizienz-Maßnahmen und Beratung
 - Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand L-Bank mit UM-Mitteln
 - Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand
 - Klimaschutz Plus BW (Programm des UM) (derzeit Neuausschreibung)
 - Klimaschutz-Plus: Förderung Energieeffizientische
 - KfW- Energie-Effizienz für KMU
 - Neues Bundesförderprogramm: Zuschüsse für Einsatz
 - hocheffizienter Querschnittstechnologien.

Zusammenfassende Schlussbemerkung aus der Diskussion der Beiträge:

Von den Beteiligten wird als wichtig angesehen:

In der folgenden Diskussion ging es unter anderem um folgende Themen:

- Erneuerbare Energien sind nicht „schön“, dies führt zu mangelnder Standort-Akzeptanz
- Es gäbe zu viele Informationen, zu viele Plattformen
- Mehr Koordination aller Akteure wäre besser!
 - Umdenken bei politischen Entscheidungsträgern erforderlich
 - Mehr Hand in Hand Stadtbausanierung, Abstimmung der Zuständigen für Quartiere
 - Potential transparenter machen, darstellen und Bürger locken!
 - Schritte bei Sanierungen (konkretes Konzept) gut durchdenken, Projektschritte/Planung
 - Konkrete Ergebnisse Realisierung der Ideen
 - www.energiewende-gemeindetag.de
- Absprache/Koordination/Überblick über einzelne Projekte könnte verbessert werden
 - Es fehlt eine zentrale Anlaufstelle, Info aus einer Hand, Pförtnerfunktion beim Land erforderlich, bei der wiederum von den Kommunen wie von allen anderen auch Informationen abgerufen werden können.
- Regionale Treffen der Netzwerke finden statt
- In Bezug auf das Pilotprojekt wurden mehr konkrete Informationen zum Projekt gewünscht und eine Darstellung des konkreten Outputs.

Forum 3 „Nachhaltige Mobilität“

im Rahmen des Pilotprojektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung“

(Kongress am 22.1.2013 in Ludwigsburg)

Stichworte aus den Beiträgen und aus der Diskussion

1. **Wie können Kommunen nachhaltige Mobilität gestalten(Input BM Thomas Ludwig, Gemeinde Seckach):**
 - ▶ 4.300 E. in drei Ortsteilen
 - ▶ Mobilität im ländlichen Raum ist ein großes Problem, auch wenn die ÖPNV Anbindung im Neckar-Odenwaldkreis gut ist, sind Nichtautofahrer/-besitzer, alte Menschen „abgehängt“.
 - ▶ Initiative kam aus dem Prozess der LA 21(AK „Soziales Netzwerk“);
 - ▶ methodische Unterstützung war zentral wichtig: fachliche Begleitung durch ifeu-Institut Heidelberg (Moderation)
 - ▶ Ausgangspunkt war eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis als wichtigste Themen „Verkehrsanbindung, soziales Miteinander und Bereitschaft zur Mitarbeit“ waren
 - ▶ Installation eines Projektteams aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Gemeinderat
 - ▶ Projekt: Fahrdienst als Nachbarschaftshilfe: 30 Cent/km (ehrenamtlich auf eigenen Fahrzeugen; Fahrdiensthilfe für die Benutzung von Bus und Bahn (Automatenkunde, Hilfe bei Fahrplanauskunft und ÖPNV Nutzung); Ämterhilfe
 - ▶ Hilfe der Verwaltung: als zentrale Anlaufstelle und in der Auseinandersetzung mit gesetzlichen Regelungen
 - ▶ wichtig war Ausgangsfrage nach dem „guten Leben“ in Seckach, dass Bürger Ideen entwickeln und die Verwaltung Hilfestellung leistet und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

2. **Welche Rolle spielen Verkehrskonzepte? Wie können Bürgerinnen und Bürger sowie weitere Akteure eingebunden werden?(Input Heike Dederer, Stadtplanungsamt, Stadt Karlsruhe)**
 - ▶ Schwierigkeit in der Großstadt ein Beteiligungsdesign zu entwickeln und einen Querschnitt von BürgerInnen zu gewinnen (nie repräsentativ)
 - ▶ Gründung einer Projekt-AG
 - ▶ wichtig sind öffentliche Fachdiskussionen und Infoveranstaltungen und ein angemessener Mix von Zivilgesellschaft, Stakeholdern(Verbänden, Wirtschaft, etc.), Gutachtern, Verwaltung und politischen Gremien
 - ▶ von der Bestandsaufnahme zur Umsetzung – mit den nötigen Zwischenstufen
 - ▶ nachvollziehbare Präsentation(Fotos, Zeichnungen, Pläne)
 - ▶ als sehr gelungen hat sich gezeigt bei den Anhörungen der Verwaltung und dem Gemeinderat eine Beobachtungsrolle zuzuweisen und diese auch räumlich zu inszenieren

► erreicht wurde: integriertes Handlungskonzept mit 150 Einzelstrategien, ein Verkehrsentwicklungsplan (mit Detailkonzepten!) – ohne neue Straßen.

3. Thema Elektromobilität – interessant für Kommunen (Input, Lutz Engel, Geschäftsstelle e-mobil BW)

► Angesichts globaler Herausforderungen (Klimawandel, Peak-Oil – aber auch Peak Everything) ist Notwendigkeit eines Energieträgerwechsels – aber notwendig ist die Sicherung, dass erneuerbare Energien genutzt werden

► eine Herausforderung ist die Zusammenführung verschiedener Systemzweige (Netz, Ladestation, Car2Go, bzw. kollektive Nutzung) – und die Realisierung einer intermodalen Mobilität (Notwendigkeit eines ganzheitlichen Blicks)

► Problem: unterschiedliche Innovationszyklen

► **für Kommunen ist besonders interessant:** Kommune als Labor (Morgenstadt); effiziente Ressourcennutzung, Eigenengagement (Fuhrparkmanagement); Förderung der Initiativen durch die Stadt (Zurverfügungstellung von Stellplätzen, etc.); Beschäftigungsförderung; Elektromobilität (auch Fahrrad) als Baustein einer nachhaltigen Entwicklung – verbunden mit einem Leitbild und einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie

► Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten vor Ort: mit Stadtwerken, Tourismusangebietern, Wirtschaft etc.

► Neue Wege der Finanzierung (Mobilitätsabgabe), Resilienz der Kommune, Aufgabe einen integrierten Verkehr zu organisieren. Siehe auch Förderdatenbank in der PPP.

Zusammenfassende Schlussbemerkung aus der Diskussion der Beiträge:

Von den Beteiligten wird als wichtig angesehen:

► an Bürgerinteressen (Orientierung am guten Leben) interessierte Verwaltung, die dann eine unterstützende, helfende auch moderierende (oder Externe) Funktion übernimmt Verwaltung

► eine breite anschauliche Öffentlichkeitsarbeit. Den kommunikativen Aspekt nicht vernachlässigen

► Handlungsspielräume für Bürger- und Stakeholder-Aktivitäten ermöglichen; Kommune sollte vernetzen

► Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen

► Ganzheitlicher Blick auf die kommunale Entwicklung: nicht nur MIV, auch ÖPNV, Infrastruktur, Straßen, etc.

► deshalb ist eine Integration der Mobilitätsthematik auch in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und eine entsprechende Kooperation der Ministerien wichtig

► es braucht auf Landes (und Bundes-) Ebene die notwendigen finanz- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen.

Jobst Kraus, Moderator, 13.02.12